

Lara Wolf

Die Fluchtprognose im Untersuchungshaftrecht

Eine empirische Untersuchung der Fluchtgefahr
nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO



Nomos

Studien zum Strafrecht

Band 86

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Claus Kreß, Universität Köln

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Basel

Prof. Dr. Rainer Zaczyk, Universität Bonn

Lara Wolf

Die Fluchtprognose im Untersuchungshaftrecht

Eine empirische Untersuchung der Fluchtgefahr
nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO



Nomos

Die Drucklegung wurde ermöglicht durch die Johanna und Fritz Buch-Gedächtnisstiftung

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, FU, Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4440-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8689-1 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort und Danksagung

Diese Arbeit wurde im November 2016 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Nach Abschluss des Verfahrens wurde das Manuskript aktualisiert, sodass Rechtsprechung und Literatur bis Juli 2017 berücksichtigt werden konnten.

Man kann die Fluchtgefahrpraxis mit all ihren Problemen – den Missbrauchstendenzen, den wissenschaftlich teilweise kaum haltbaren Annahmen und den Diskriminierungen einzelner Gruppen – mit großer Sorge betrachten. Dies gilt umso mehr angesichts der steigenden Untersuchungszahlen in den letzten Jahren. Lange zweifelte ich denn auch daran, ob sich die Situation überhaupt verbessern lässt oder ob infolge immer lauter werdender Rufe nach Sicherheit und Ordnung zwingend immer mehr Untersuchungshaft verhängt wird. Die vorliegende Untersuchung hat viele meiner Befürchtungen bestätigt, aber auch zu einer differenzierteren Sichtweise auf manches geführt: Man mag zwar bereits in den 80er Jahren infolge der Diskussion unter der Überschrift, es werde zu viel und zu schnell verhaftet, überzeugt gewesen sein, dass sich die Praxis ändere. Dies ist bisher nicht eingetreten. Andererseits gelangen immer mehr Praktiker und Wissenschaftler zu der Überzeugung, dass die Fluchtgefahrpraxis grundlegend zu reformieren sei. Auch in der Rechtsprechung zeigen sich mittlerweile, wenn auch unterschiedlich deutlich, Bemühungen zur Einschränkung der Annahme von Fluchtgefahr. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung stimmen mich zuversichtlich, dass es Ansatzpunkte gibt, um die Situation deutlich zu verbessern. Auch mithilfe der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen sich Wege finden, Haftbefehle wegen Fluchtgefahr gezielter in den Fällen einzusetzen, in denen tatsächlich die überwiegende Wahrscheinlichkeit einer Flucht besteht. Empirie kann helfen, die große Rechtsunsicherheit zu begrenzen und die Betroffenen vor vorschneller Inhaftierung zu beschützen, die allzu weit verbreitet ist. Gerade unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung justizieller Zusammenarbeit in Europa ergeben sich zudem viele neue Möglichkeiten effektiver Strafverfolgung ohne zwangsläufige Inhaftierungen Beschuldigter. Eine grundlegende Reform der Praxis ist ohne Zweifel ganz dringend nötig – offenbar aber auch möglich.

Zu diesen Erkenntnissen wäre ich ohne die folgenden Personen nicht gelangt:

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Tobias Singelstein, der immer ein offenes Ohr für mich hatte, seine Ideen und konstruktive Kritik in das Projekt eingebracht und mich zu jedem Zeitpunkt unterstützt hat. Dass dies trotz seiner Annahme eines Rufes an die Ruhr-Universität Bochum immer der Fall war, weiß ich besonders zu schätzen.

Herzlich danke ich auch dem Zweitgutachter Prof. em. Dr. Ulrich Eisenberg, der das Gutachten in kürzester Zeit fertiggestellt und mir hilfreiche Anregungen gegeben hat.

Tatsächlich hätte ich ohne Rechtsanwalt Stefan Conen aus Berlin wohl nie zu diesem tollen Dissertationsthema gefunden. Er hat nicht nur die Leidenschaft fürs Strafrecht in mir geweckt, sondern mir auch die Idee für das Projekt angetragen. Für beides bin ich ihm sehr dankbar.

Dank gebührt auch meinen Freunden, die für mich da waren, insbesondere Moritz Thörner, LL.M., für seine detaillierten Anmerkungen.

Ohne meine Familie – vor allem meine Eltern, Franca und Niko – hätte ich diese Dissertation nicht schreiben können. Ihr widme ich daher diese Arbeit. Meine Eltern haben mir immer alles ermöglicht, mich jederzeit ermutigt und mir bei allem zur Seite gestanden. Sie haben auch diese Arbeit tatkräftig unterstützt. Meine Schwester hat mit ihren klugen Gedanken für den immer wieder notwendigen Perspektivwechsel gesorgt. Sie war immer für mich da, hat mir an schwierigen Tagen Mut zugesprochen und die schönen Zeiten mit mir geteilt. Meinem Freund Niko danke ich dafür, dass ich mich auf seinen Rat und seine Hilfe immer verlassen konnte – und dafür, dass er auch Studium und Dissertation schöner gemacht hat, indem er an meiner Seite war.

Berlin im Juli 2017

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
I. Problemaufriss	25
II. Vorgehensweise der Arbeit	28
B. Überblick über die Untersuchungshaft	31
I. Gesetzliche, theoretische und praktische Grundlagen der Untersuchungshaft	31
II. Übersicht über die Rechtsprechung zu fluchtbegünstigenden und fluchthemmenden Merkmalen	66
III. Exkurs: Fluchtgefahr und Unionsbürgerschaft unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Haftbefehls	93
C. Prognosen in Theorie und Strafrechtspraxis – insbesondere: Die Fluchtgefahrentscheidung als Prognoseentscheidung	126
I. Die Prognose im Strafrecht	126
II. Entscheidung über die Fluchtgefahr als Prognose	137
III. Struktur der Entscheidung nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO	142
IV. Einschränkungen hinsichtlich Prognosen in der strafrichterlichen Praxis	187
V. Besonderes Bedürfnis nach empirisch überprüften Prognosen in der Haftpraxis	194
VI. Lösungsansätze zur Verbesserung der Prognosepraxis im Haftrecht	213
D. Methodik	226
I. Untersuchungsdesign, Ziele der Arbeit und zugrunde gelegte Annahmen	226

Inhaltsübersicht

II. Hypothesen und Theorie	230
III. Aktenanalyse	253
IV. Qualitative Interviews	271
E. Ergebnisse der Untersuchung	277
I. Überblick	277
II. Darstellung der Ergebnisse	278
III. Interpretation und Diskussion	314
IV. Fazit, Zusammenfassung wichtigster Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge	407
F. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	412
Literaturverzeichnis	421

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
I. Problemaufriss	25
II. Vorgehensweise der Arbeit	28
B. Überblick über die Untersuchungshaft	31
I. Gesetzliche, theoretische und praktische Grundlagen der Untersuchungshaft	31
1. Praktische Bedeutung des Instituts und Historie der Norm in Grundzügen	33
2. Diskussion und Reformvorschläge	36
3. Gesetzliche Grundlage: §§ 112 ff. StPO	38
a) Systematik	38
b) Dringender Tatverdacht	39
aa) Begriff	39
bb) Notwendiger Verdachtsgrad	40
cc) Ist die Prognose hinsichtlich der Verurteilung Teil des dringenden Tatverdachts?	45
c) Haftgründe	47
aa) Flucht und Verborgenhalten (§ 112 Abs. 2 Nr. 1 StPO)	47
bb) Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO)	48
cc) Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO)	50
dd) Tatschwere (§ 112 Abs. 3 StPO)	51
ee) Wiederholungsgefahr (§ 112a StPO)	52
d) Untersuchungshaft im Spannungsfeld zwischen Freiheitsrecht und effektiver Strafverfolgung	53
aa) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	53
bb) Weitere verfassungsrechtliche Grundsätze, insbesondere das Recht auf persönliche Freiheit	57
cc) Rechts- und Sozialstaatsprinzip	60

e) Konstruktion einer gesteigerten Mitwirkungspflicht im Strafverfahren – Notwendigkeit einer Gefährdung der Verfahrensziele als Haftvoraussetzung?	61
4. Fazit zum Überblick über die Untersuchungshaft	64
II. Übersicht über die Rechtsprechung zu fluchtbegünstigenden und fluchthemmenden Merkmalen	66
1. Alter	67
2. Merkmale sozialer Einbindung	68
a) Wohnsitz und Wohnsituation (Zusammensetzung des Haushalts)	68
b) Persönliche Bindungen und Kinder	70
c) Berufliche Bindungen	72
d) Schwere Erkrankung naher Angehöriger	73
e) Zwischenfazit	73
3. Merkmale bzgl. Ressourcen in ökonomischer oder persönlicher Hinsicht	74
a) Gesundheit	74
b) Einkommen	75
c) Vermögenssituation	76
d) Bildungsstand	76
e) Auslandsverbindungen	77
aa) Staatsangehörigkeit	77
bb) Art des Aufenthalts im Inland	78
cc) Dauer des Aufenthalts im Inland	78
dd) Auslandsvermögen	79
ee) Ausländischer Wohnsitz	79
ff) Auslandskontakte	80
gg) Fremdsprachenkenntnisse	82
f) Verhalten während der Ermittlungen: Rückkehr an ausländischen Wohnsitz, frühere Flucht, Fluchtvorbereitungen	82
g) Zwischenfazit	85
4. Merkmale bzgl. der Tat oder Rechtsfolgen der Tat	85
a) Natur der Tat	85
b) Straferwartung	86
c) Finanzielle und prozessuale Rechtsfolgen	89
d) Abgabe eines Geständnisses	91
e) Anzahl Vorstrafen	91

f) Zwischenfazit	92
5. Fazit	92
III. Exkurs: Fluchtgefahr und Unionsbürgerschaft unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Haftbefehls	93
1. Allgemeiner europarechtlicher Hintergrund	95
2. Europäischer Haftbefehl und Auswirkungen auf eine Flucht innerhalb der EU	96
a) Zum Europäischen Haftbefehl	96
b) Folgen für die praktische Durchführbarkeit einer Flucht innerhalb Europas	98
c) Fragestellung	99
3. Konstellationen, in denen eine Gleichbehandlung geboten ist	100
a) EU-Bürger mit Wohnsitz in Deutschland	100
b) EU-Bürger ohne Wohnsitz in Deutschland	102
aa) Differenzierung zwischen Konstellation a) und b)	102
bb) Konstruktion einer gesteigerten Pflicht zur Kooperation(-serklärung) seitens des Beschuldigten	104
cc) Keine Rechtfertigung der Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot	109
4. Unvereinbarkeit der deutschen Haftpraxis mit europäischem sowie deutschem Recht	111
a) Verstoß gegen europarechtliche Grundsätze	111
aa) Art. 18 AEUV	111
(1) Anwendungsbereich des EU-Rechts: BVerfG vs. EuGH	112
(2) Gemeinsame Strafverfolgung als Allgemeininteresse im europäischen Verfassungsverbund	114
bb) Rechtsprechung des EuGH zur Unvereinbarkeit des Zivilprozessrechts mit Europarecht	116
b) Verstoß gegen deutsches Recht	118
aa) Historie des § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO	118
bb) Art. 3 Abs. 3 GG	118
c) Verneinung der Europarechtswidrigkeit in der Praxis	119

5. Diskussion und Lösungsvorschläge	120
a) Lösungsvorschläge aus der Literatur	120
b) Würdigung des Europarechts im deutschen Recht durch europarechtskonforme Auslegung	122
6. Zusammenfassung und Ausblick	124
 C. Prognosen in Theorie und Strafrechtspraxis – insbesondere: Die Fluchtgefahrensentscheidung als Prognoseentscheidung	 126
I. Die Prognose im Strafrecht	126
1. Rolle und Entwicklung der Prognose im Strafrecht	127
2. Prognose im Rahmen des Tatbestandsmerkmals der Fluchtgefahr	129
3. Grundlagen der Prognose	131
a) Begriff und Arten der Prognose	131
b) Prognosemethoden	132
II. Entscheidung über die Fluchtgefahr als Prognose	137
1. Struktur der Prognose – Strukturgleichheit zum Modell der deduktiv-nomologischen Erklärung	137
2. Unmöglichkeit deterministischer Aussagen über menschliches Verhalten	139
III. Struktur der Entscheidung nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO	142
1. Fluchtprognose als Indizienentscheidung	142
2. Grad der notwendigen Überzeugung vom Vorliegen der bestimmten Tatsachen	145
a) Differenzierung zwischen Ausgangs- und Schlussfolgerungstatsachen	145
b) Volle Überzeugung hinsichtlich aller Tatsachen	147
aa) Wörtliche Auslegung	147
bb) Historische Auslegung	148
cc) Systematische Auslegung	149
dd) Teleologische Auslegung	150
c) Fazit: Notwendigkeit des vollständigen Beweises hinsichtlich der „bestimmten Tatsachen“	153
3. Der nötige Überzeugungsgrad hinsichtlich der Erfahrungssätze	153
a) Allgemeine Lebenserfahrung als Erfahrungssatz	153
aa) Notwendigkeit der Berücksichtigung der allgemeinen Lebenserfahrung	154

bb) Keine Berücksichtigung der allgemeinen Lebenserfahrung	154
b) Berücksichtigung von Alltagstheorien als Erfahrungssätze	157
aa) Mögliche Berücksichtigung von Alltagstheorien	158
bb) Keine Berücksichtigung wegen Notwendigkeit überwiegender Wahrscheinlichkeit	159
4. Der Schluss von den Tatsachen und Erfahrungssätzen auf die Flucht	166
a) Der Begriff der Fluchtgefahr	166
b) Der Schluss auf die Fluchtgefahr i.S.v. § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO	167
aa) Grad der notwendigen objektiven Wahrscheinlichkeit der Flucht bzw. der Richtigkeit der Prognose	167
(1) Auslegung durch Rechtsprechung und Literatur	168
(2) Abwägung der widerstreitenden Interessen von Strafverfolgung und Freiheit	168
(3) Anwendung von „in dubio pro reo“ auf das Prognoseergebnis bzw. Auslegung im Lichte der Grundrechte	170
(4) Steigerung der Prognosequalität durch Erfordernis gesteigerter Wahrscheinlichkeit	175
bb) Grad der notwendigen subjektiven Überzeugung	179
cc) Berücksichtigung der Bedeutung des Strafverfahrens	182
dd) Nichtvorliegen von Ausnahmebedingungen	184
c) Fazit zur Struktur der Fluchtgefahrentscheidung	185
5. Zusammenfassung bisheriger Erkenntnisse	186
IV. Einschränkungen hinsichtlich Prognosen in der strafrichterlichen Praxis	187
1. Eingeschränkte Verlässlichkeit langfristiger Prognosen	187
2. Schwierigkeiten des Richters angesichts der Komplexität von Prognosestellungen	187
3. Begrenzte Kapazitäten im Strafverfahren	190
4. Prognosen im sogenannten „Mittelfeld“	191

V. Besonderes Bedürfnis nach empirisch überprüften Prognosen in der Haftpraxis	194
1. Allgemeine Problemstellung	194
2. Insbesondere: Apokryphe Haftgründe in der Praxis	196
a) Typische apokryphe Haftgrundkonstellationen	197
aa) Bestrafung auf den Fuß und Ersatz für kurzzeitige Freiheitsstrafen	197
bb) Zugeständnis an die Polizei	199
cc) Geständnisdruck und -zwang	200
dd) Vorweggenommene Sicherstellung	202
ee) Ermöglichen weiterer Ermittlungen	203
ff) Krisenintervention	203
b) Hintergründe der apokryphen Haftgrundverwendung	204
aa) Richterlicher Spielraum und formelhafte Begründungen	204
bb) Rolle der Medien	206
cc) Politisches Klima	208
c) Exkurs: Duldung ungesetzlicher Haftgrundverwendung durch den BGH	209
d) Zwischenfazit	212
VI. Lösungsansätze zur Verbesserung der Prognosepraxis im Haftrecht	213
1. Beweisverwertungsverbote für Fälle apokrypher Haftgrundverwendung	213
2. Strengere Anforderungen an die richterliche Begründung	214
3. Stärkung des empirischen Wissensstandes in der Strafrechtspraxis	216
4. Exkurs: Sind Prognosestellungen des Richters im Rahmen der Fluchtgefahr überhaupt überprüfbar?	220
5. Fazit – insbesondere zu den Anforderungen an die Sicherheit von Prognosen	222
D. Methodik	226
I. Untersuchungsdesign, Ziele der Arbeit und zugrunde gelegte Annahmen	226

II. Hypothesen und Theorie	230
1. Entscheidungstheorie nach Bernoulli (Kosten-Nutzen-Theorie)	231
2. Einzelhypothesen hinsichtlich der untersuchten Variablen	233
a) Alter und Geschlecht	234
b) Merkmale sozialer Einbindung (Kostenseite)	236
aa) Wohnsitz und -verhältnisse	236
bb) Persönliche Bindungen, Kinder	236
cc) Berufliche Bindungen	238
dd) Schwere Erkrankung naher Angehöriger	239
ee) Zwischenfazit	239
c) Merkmale ökonomischer und persönlicher Ressourcen (Nutzensseite)	240
aa) Gesundheit	240
bb) Einkommen und Vermögen	241
cc) Bildungsstand	242
dd) Auslandsverbindungen: Staatsangehörigkeit, Auslandskontakte, Auslandswohnsitz, Art und Dauer des Aufenthalts, Auslandsvermögen, Fremdsprache	242
ee) Verhalten während des Verfahrens: Rückkehr an bekannten ausländischen Wohnsitz, Flucht im laufenden/früheren Verfahren, Fluchtvorbereitungen	245
ff) Begehung allein/mit anderen	246
gg) Zwischenfazit	246
d) Merkmale bzgl. der Tat oder Rechtsfolgen der Tat (den Nutzen der Flucht beeinflussende Merkmale)	247
aa) Natur der Tat	247
bb) Straferwartung	247
cc) Finanzielle und prozessuale Rechtsfolgen der Tat	249
dd) Abgabe eines Geständnisses	250
ee) Anzahl der Vorstrafen	251
ff) Zwischenfazit	252
e) Fazit zu den theoretischen Annahmen dieser Arbeit	252

III. Aktenanalyse	253
1. Erhebungsinstrument	253
a) Operationalisierung	253
b) Variablen	254
aa) Merkmale sozialer Einbindung	255
bb) Merkmale bzgl. Ressourcen in ökonomischer oder persönlicher Hinsicht	256
cc) Merkmale, die den Nutzen der Flucht beeinflussen	257
2. Untersuchungseinheiten	258
3. Abgrenzung zwischen Vollerhebung und Stichprobe sowie Repräsentativität	263
a) Grundgesamtheit und Stichprobe	263
b) Praktische Durchführung der Verfahrensermittlung	267
aa) Hessen	267
bb) Baden-Württemberg	268
cc) Celle und Oldenburg (Niedersachsen), Rheinland-Pfalz, Düsseldorf (Nordrhein- Westfalen), Hamburg, Mecklenburg- Vorpommern, Bayern	269
c) Zwischenfazit zur Erlangung der Verfahrensakten	270
4. Datenanalyse	271
IV. Qualitative Interviews	271
1. Eignung von Interviews	271
2. Design	272
a) Interviewform	272
b) Standardisierung und Interviewstil	274
c) Repräsentativität	275
d) Durchführung der Gespräche	276
E. Ergebnisse der Untersuchung	277
I. Überblick	277
II. Darstellung der Ergebnisse	278
1. Geschlecht und Alter	278
2. Merkmale sozialer Einbindung (Kostenseite)	279
a) Wohnsitz und Wohnsituation	279
b) Persönliche Bindungen und Kinder	282
c) Berufliche Bindungen	283

d) Schwere Erkrankung naher Angehöriger	284
e) Zwischenfazit	284
3. Merkmale bzgl. ökonomischer oder sonstiger persönlicher Ressourcen (Nutzenseite)	285
a) Gesundheit	285
b) Einkommen und Vermögen	286
c) Bildungsstand	288
d) Auslandsverbindungen	289
e) Verhalten während des Verfahrens: Rückkehr an einen bekannten ausländischen Wohnsitz, frühere Flucht, Fluchtvorbereitungen	300
f) Begehung allein/mit anderen	301
g) Zwischenfazit	303
4. Merkmale bzgl. der Tat oder Rechtsfolgen der Tat (den Nutzen der Flucht beeinflussende Merkmale)	304
a) Natur der Tat	304
b) Straferwartung nach Berechnung im Haftbefehl	305
c) Finanzielle und prozessuale Folgen der Tat	305
d) Abgabe eines Geständnisses	306
e) Anzahl Vorstrafen	308
f) Zwischenfazit	309
5. Haftbefehlsbegründungen und Verfahrensdauer	310
a) Überblick	311
b) Auslandsverbindungen	312
c) Straferwartung	313
d) Sonstige Gründe	313
e) Zwischenfazit	314
III. Interpretation und Diskussion	314
1. Prognosesicherheit der Fluchtgefahrentscheidung	315
a) Bedeutung der Prognosesicherheit	315
b) Erstes Ergebnis der Aktenuntersuchung: Mangelhafte Prognosesicherheit	317
aa) Prognosesicherheit nach Anteil flüchtiger Beschuldigter – keine überwiegende Wahrscheinlichkeit richtiger Ergebnisse	317
bb) Prognosesicherheit nach Art des Verfahrensausgangs	323

cc) Prognosesicherheit auf Ebene der Erfahrungssätze – Verbesserung der Prognosesicherheit und -qualität durch die vorliegende Arbeit	326
dd) Steigerung der Prognosesicherheit durch vermehrte Anwendung von Alternativen zur Untersuchungshaft	329
(1) Hinterlegung von Sicherheiten (Kaution)	330
(2) Elektronische Fußfessel	334
(3) Kodifizierung einer Höchstdauer der Untersuchungshaft	338
(4) Schlussfolgerungen im Hinblick auf Alternativen zur Untersuchungshaft und Prognosesicherheit	340
c) Zweites Ergebnis der Aktenuntersuchung: Korrelation der Variablen mit der Flucht eines Beschuldigten	341
aa) Theoretischer Hintergrund	341
bb) Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse mit der Kosten-Nutzen-Theorie von <i>Bernoulli</i>	341
cc) Weitere ausgewählte Korrelationen	349
(1) Alter	349
(2) Drogenabhängigkeit	350
(3) Bildungsstand	351
(4) Straferwartung	353
(5) Anzahl der Vorstrafen	360
(6) Natur der Tat	361
dd) Fazit zu den Korrelationen untersuchter Variablen mit der Flucht	363
2. Eingeschränkte richterliche Kontrolle im Haftrecht	363
a) Grundsätze	364
b) Ineffektivität in der Praxis	365
aa) Erfordernis der eigenständigen richterlichen Sachentscheidung	365
bb) Eigene richterliche Haftbefehlsbegründung	365
cc) Stereotypisierung und Programmierung des Verfahrens durch die Polizei zulasten sozial Schwacher	367
dd) Heranziehung der Straferwartung	374

ee) Mangelhafte Begründungen	375
ff) Verwendung apokrypher Haftgründe	379
(1) Krisenintervention	380
(2) Bestrafung auf den Fuß – Haftgrund der „kochenden Volksseele“	381
(3) Geständnisdruck und -zwang	383
(4) Ermöglichen weiterer Ermittlungen	383
(5) Vorweggenommene Sicherstellung	383
(6) Ergebnisse der Richterbefragung zur apokryphen Haftgrundverwendung	384
gg) Zwischenfazit	386
c) Ineffektivität oberlandesgerichtlicher Kontrolle	386
aa) Häufigkeit von Haftbefehlsaufhebungen/ -außervollzugsetzungen i.R.d. §§ 121, 122 StPO	386
bb) Stärkung der oberlandesgerichtlichen Kontrolle	393
(1) Beachtung der Rechtsprechung des BVerfG	393
(2) Haftkontrolle während laufender Hauptverhandlung	394
3. Benachteiligung ausländischer Beschuldigter	395
4. Bedeutung des Geständnisses für die Fluchtgefahr	403
IV. Fazit, Zusammenfassung wichtigster Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge	407
F. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	412
Literaturverzeichnis	421

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AJP	American Journal of Psychiatry
Alt.	Alternative
AnwBl	Anwaltsblatt
Art.	Artikel (Singular)
Artt.	Artikel (Plural)
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebsberater
Beschl. v.	Beschluss vom
BewHi	Bewährungshilfe
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtM	Betäubungsmittel
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CMLRev	Common Market Law Review
DAV	Deutscher Anwaltverein
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
Diss.	Dissertation
d.h.	das heißt

Abkürzungsverzeichnis

DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen
e.A.	eine Ansicht
Edit.	Edition
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHB	Europäischer Haftbefehl
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
Entsch. v.	Entscheidung vom
et. al.	et alii/et aliae/et alia = und andere
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f.	folgend
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz
Habil.	Habilitation
HK	Heidelberger Kommentar
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HV	Hauptverhandlung
i.E.	im Ergebnis
insb.	insbesondere
Int J Law Psychiat	International Journal of Law and Psychiatry
i.R.v.	im Rahmen von
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.W.	im Wesentlichen
JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Woche
JZ	JuristenZeitung
k. A.	keine Angabe
KG	Kammergericht Berlin
KK	Karlsruher Kommentar

KOM	Europäische Kommission
KrimJ	Kriminologisches Journal
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	littera = Buchstabe
LK	Leipziger Kommentar
LR	Löwe/Rosenberg
Ls.	Leitsatz
lt.	laut
m. abl. Anm.	mit ablehnender Anmerkung
m. krit. Anm.	mit kritischer Anmerkung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
Mitt.	Mitteilung
MSchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie
MüKo	Münchener Kommentar
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport
NY Times	New York Times
OLG	Oberlandesgericht
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Psychiatrie
s.	siehe
S.	Seite(n)
s. a.	siehe auch
SK	Systematischer Kommentar
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StV	Strafverteidiger
u.a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
U-Haft	Untersuchungshaft

Abkürzungsverzeichnis

U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
urspr.	ursprünglich
Urt. v.	Urteil vom
u.U.	unter Umständen
v.a.	vor allem
VGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

A. Einleitung

I. Problemaufriss

In Deutschland wird zu viel, zu schnell und oft grundlos verhaftet. Zumindest wird das in der Wissenschaft seit langer Zeit behauptet.¹ Ob dieser Vorwurf der Realität entspricht bzw. je entsprochen hat, ist jedoch weitgehend ungeklärt.

Gleichzeitig hat sich zur Beurteilung des Untersuchungshaftgrundes der Fluchtgefahr i.S.v. § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO über Jahrzehnte eine umfangreiche Rechtsprechung herausgebildet. Anhand bestimmter Anhaltspunkte wie u.a. familiären Bindungen, finanziellen Ressourcen und der Höhe der Straferwartung soll die Fluchtgefahr beurteilt werden können. Auch die Heranziehung einzelner Kriterien wird seit jeher in der Literatur kritisiert. Darüber hinaus wird der Rechtsprechung vorgeworfen, im Haftrecht allzu schematisch vorzugehen.² Fluchtgefahrentscheidungen ergingen zu einem großen Teil aufgrund richterlicher Intuition, weil der Wortlaut der Vorschrift einen zu großen Beurteilungsspielraum eröffne.³ Klare Maßstäbe fehlten.⁴ Inwiefern diese Vorwürfe nicht nur theoretischer Natur sind, sondern auf die geltende Praxis zutreffen, ist indes ebenfalls unklar.

Tatsächlich steht hinter beiden Komplexen ein und dasselbe Problem: Empirische Forschung auf diesem Themenfeld ist begrenzt, sodass sowohl grundlegende Annahmen der Judikatur als auch Kritik an ihr zwangsläufig wenig substantiiert sind. Dies gilt einerseits für die Anhaltspunkte und

1 S. u.a. *Gatzweiler*, in: StraFo 1999, S. 325 (326); *AnwK-Lammer*, 2010, § 112 StPO, Rn. 2; *Paeffgen*, Haftgründe, Haftdauer, Haftprüfung, in: *Eser* (Hrsg.), Strafrechtsreform, 1991, S. 113 (143); *Püschel*, in: StraFo 2009, S. 134 (134).

2 So z.B. bzgl. des Abstellens auf fehlende familiäre Bindungen *MünchKalfen/Gatzweiler*, Untersuchungshaft, 2009, S. 54–55; *Schlothauer/Weider/Nobis*, Untersuchungshaft, 2016, Rn. 526; bzgl. der Heranziehung der Straferwartung *LR-Hilger*, 2007, § 112 StPO, Rn. 39; bzgl. der Ausländereigenschaft *Schlothauer/Weider/Nobis*, Untersuchungshaft, 2016, Rn. 551 f.

3 Grundsätzlich *Hübner/Quedzuweit*, Prognose, 1992, S. 1; ebenso *Nordhues*, Untersuchungshaft im Spannungsverhältnis, 2013, S. 43–47; *Weider*, in: StraFo 1995, S. 11 (14).

4 Insb., weil die Legislative die Abwägung der Praxis überlässt: *Paeffgen*, Vorüberlegungen, 1986, S. 169–170.

Theorien, die der richterlichen Praxis der Fluchtgefahrbeurteilung zugrunde liegen. Daher ist schon theoretisch unklar, wieso welche Kriterien zur Prognose der Flucht herangezogen werden. Andererseits ist aber auch die Kritik an der Rechtsprechung kaum auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft worden. Dementsprechend lässt sich auch die Frage, ob wirklich zu viel und zu schnell verhaftet wird, bisher gar nicht beantworten. Trotz dieses mangelhaften wissenschaftlichen Fundaments halten sich jedoch seit langer Zeit sowohl Kritik als auch Rechtsprechungspraxis zur Fluchtgefahr. Angesichts dessen ist es nunmehr dringend nötig, eine Untersuchung durchzuführen, die die Fluchtgefahrpraxis umfassend empirisch untersucht. Mir ihr lässt sich eine ganze Reihe von Fragen beantworten: Kann man die Flucht eines Beschuldigten prognostizieren? Wenn ja, an welchen Kriterien lässt sie sich festmachen? Überzeugt die Fluchtgefahrpraxis hinsichtlich ihrer grundlegenden Annahmen? Wird tatsächlich zu viel und zu schnell verhaftet? Sofern dies der Fall ist: Lässt sich die Prognosepraxis verbessern? Worin liegen Ansatzpunkte zur Verbesserung?

Hinter diesen einzelnen Fragen liegen wiederum größere Problemkomplexe, insbesondere die Frage nach der Rechtmäßigkeit der geltenden Praxis. Wenn angebliche Anhaltspunkte für eine bevorstehende Flucht nie überprüft wurden, wenn sich Erfahrungssätze auf Grundlage unüberprüfter Anhaltspunkte herausgebildet haben, wie kann der Richter dann wissenschaftlich belastbar einschätzen, wer flieht und wer nicht?

Die aufgeworfenen Fragen sind von größter Wichtigkeit, denn die Anordnung von Untersuchungshaft ist einer der stärksten staatlichen Eingriffe in die Freiheit des Betroffenen. Mit ihr ist nicht nur eine extreme physische Belastung verbunden, sondern auch eine psychische. Gleichzeitig ist das Institut Ausdruck der widerstreitenden Interessen an Strafverfolgung und Freiheit des Einzelnen, was ihm zusätzliches Gewicht verleiht und die richtige Entscheidung über die Anordnung im Einzelfall umso wichtiger macht. Hinzu kommt auch eine extreme praktische Bedeutung mit ca. 27.100 Untersuchungshäftlingen pro Jahr in Deutschland.⁵ Deswegen muss fortlaufend diskutiert werden, wann und zu welchem Zweck die Untersuchungshaft eingesetzt werden darf, ob sie den gesetzgeberischen Zielen entspricht oder missbraucht wird.

5 Statistisches Bundesamt, Fachserie 10 Reihe 3, Rechtspflege – Strafverfolgung, 2015, S. 372.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Begriff der „Fluchtgefahr“ vom Gesetzgeber nicht weiter erläutert wird. Zwar wird Fluchtgefahr weithin bejaht, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen bei Würdigung der Umstände des Einzelfalles eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Annahme spricht, der Beschuldigte werde sich dem Strafverfahren entziehen, als für die Erwartung, er werde am Verfahren teilnehmen.⁶ Im Rahmen zulässiger Auslegung weitergedacht bedeutet dies, dass der Beschuldigte bei einer Fluchtwahrscheinlichkeit von bis zu 49% freizulassen ist. Unabhängig davon, ob eine Wahrscheinlichkeit einer bevorstehenden Flucht von 51% für eine Inhaftierung reichen kann, ist angesichts der auch bei 49% Prozent realen Fluchtgefahr und der Furcht vor öffentlicher Diskreditierung aber anzunehmen, dass in der Praxis schon bei sehr viel geringerer Wahrscheinlichkeit ein Haftbefehl erlassen wird. Die Vermutung liegt nahe, dass eine Haltung vorherrscht, die ungünstige Prognosestellungen favorisiert. Hierfür spricht, dass falsche ungünstige Prognosen nicht auffallen, da eine hypothetische Legalbewährung im Fall der Haftvollstreckung grundsätzlich nicht nachweisbar ist.⁷ Auf Grundlage der jetzigen Norm sowie angesichts der diffusen Judikatur steht es dem Richter weiterhin einigermaßen frei, für sich geltende Kriterien darüber festzulegen, wann er einen Haftbefehl in Vollzug setzt oder nicht. Er ist zwar an das Gesetz gebunden. Auch wenn der Richter bei jeder seiner Haftentscheidungen auf seiner Erfahrung beruhende Prognosen einfließen lässt, gilt aber zu bedenken, dass diese nie empirisch überprüft wurden.⁸

6 BGH, Beschl. v. 8. Mai 2014 – 1 StR 726/13, Rn. 15 –, juris; OLG Hamm, Beschl. v. 7. April 2015 – 5 Ws 114/15, 5 Ws 115/15 –, juris; KG Berlin, Beschl. v. 3. November 2011 – 4 Ws 96/11 – 1 AR 58/11 –, juris = StV 2012, 350; OLG Karlsruhe, Beschl. v. 26. September 2000 – 3 Ws 196/00 –, juris = StV 2001, 118; ähnlich: OLG Karlsruhe, Beschl. v. 26. Juni 2009 – 2 Ws 229/09 –, juris = StV 2010, 31; OLG Celle, Beschl. v. 20. März 2009 – 1 Ws 141/09 –, juris = StraFo 2009, 204; OLG Hamm, Beschl. v. 28. Februar 2008 – 2 Ws 48/08 –, juris = StV 2008, 257; LG Kleve, Beschl. v. 4. Dezember 2014 – 120 Qs-204 Js 500/124-112/14; Herrmann, Untersuchungshaft, 2008, Rn. 684; LR-Hilger, 2007, § 112 StPO, Rn. 25; Jung, Strafverteidigung Ausländer, 2009, Rn. 199; Kegel, Individualanscheinsbeweis, in: Biedenkopf/Kronstein (Hrsg.), FS Kronstein, 1967, S. 321 (334); Pollähne, Kriminalprognostik, 2011, S. 50; Sommermeyer, in: NJ 1992, S. 336 (336); Wiesneth, Untersuchungshaft, 2010, S. 23.

7 S. u.a. Eisenberg, Kriminologie, 2005, § 21, Rn. 13, 14; Hinz, Gefährlichkeitsprognosen, 1987, S. 71; Kühl, in: StV 1988, S. 355 (358); Pollähne, Kriminalprognostik, 2011, S. 234.

8 Bender et al., Glaubwürdigkeits- und Beweislehre, 1995, Rn. 369.

Nach alledem ist fraglich, ob die alltägliche Praxis den gesetzlichen Anforderungen genügt. Tatsächlich ist die Geschichte des Instituts der Untersuchungshaft seit jeher von Kritik geprägt gewesen.⁹ Auch als Reaktion hierauf wurden immer wieder Reformvorschläge, sei es in der Politik,¹⁰ sei es in der Wissenschaft,¹¹ gemacht. Jedoch wurde auch konstatiert, dass die tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten des Gesetzgebers auf die Haftpraxis beschränkt seien. Aufgrund dessen sind Lösungsansätze auf anderen Gebieten zu suchen.¹² Zu fordern sind daher spezifische und empirisch fundierte Kriterien, mithilfe derer die Fluchtgefahr ex ante und valide zu prognostizieren ist.

II. Vorgehensweise der Arbeit

Vor diesem Hintergrund stellen sich im Wesentlichen zwei im Rahmen der Arbeit zu beantwortende Fragen:

- Anhand welcher Faktoren lässt sich die Fluchtgefahr prognostizieren?
- In wie vielen Fällen treffen Gerichte falsche Entscheidungen, indem sie einen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erlassen, der Beschuldigte nach Aussetzung der Untersuchungshaft im Rahmen der §§ 121, 122 StPO aber nicht flieht? Diese Frage zielt auf die Prognosesicherheit der geltenden Fluchtgefahrpraxis.

Um diese Fragen zu beantworten, soll mithilfe verschiedener sozialwissenschaftlicher Methoden einerseits der Begriff der Fluchtgefahr mitsamt seinen Bestandteilen besser nachvollziehbar werden. Gleichzeitig geht es darum, für die Zukunft die Bedeutung diverser Merkmale zu ermitteln, die gemeinhin von der Rechtsprechung zur Beurteilung der Fluchtgefahr vorgegeben werden. Hierzu wurde eine bundesweite Aktenuntersuchung anhand von rund 170 Strafverfahrensakten durchgeführt. Die Verfahren, welche ausgewertet wurden, waren allesamt solche, in denen ein auf Fluchtgefahr gestützter Haftbefehl trotz Bejahung der Fluchtgefahr durch das

9 Zum Ganzen *Langner*, Untersuchungsanordnung, 2003, S. 17 m.w.N.

10 Insb. von der SPD-Bundestagsfraktion, 1987, BT-Drs. 11/688, sowie der Grünen-Bundestagsfraktion, 1988, BT-Drs. 12/2181.

11 *Arbeitskreis Strafprozessreform et al.*, Gesetzentwurf, 1983; *Jung/Müller-Dietz* (Hrsg.), Reform der Untersuchungshaft, 1983; *Hassemer*, in: AnwBl 1984, S. 64 (64–69). Zum Vollzug *Baumann*, Entwurf, 1981; *Döschl* (Hrsg.), Entwurf, 1982.

12 *Langner*, Untersuchungsanordnung, 2003, S. 19.

vorliegende Gericht sowie das OLG i.R.d. §§ 121, 122 StPO vom OLG aufgehoben oder außer Vollzug gesetzt wurde, weil gegen das Beschleunigungsgebot verstoßen worden war. Hier fand also eine Freilassung statt trotz der entgegenstehenden Prognose, dass der Betroffene untertauchen werde. Je nachdem, ob die Person nach Haftentlassung floh oder nicht, ließ sich sagen, ob die Prognose fehlging oder richtig war. Gleichzeitig wurde die Lebenssituation analysiert und untersucht, welche Faktoren jeweils vorlagen. Auf Basis dessen wurde statistisch errechnet, welche Anhaltspunkte die Flucht am besten prognostizieren können. Im weiteren Verlauf wurden für die vorliegende Arbeit Interviews mit Richtern sowie ehemaligen Untersuchungsgefangenen geführt. So konnte ein umfassender, ausgewogener Blick auf dieses Institut entstehen, was als Diskussionsgrundlage notwendig ist.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden eingebettet in einen Überblick über die Untersuchungshaft (Kapitel B) in gesetzlicher und historischer Hinsicht. Dort wird ein Blick auf den Aufbau der Vorschrift, die Voraussetzungen des Haftbefehls, die (Reform-)geschichte sowie die praktische und verfassungsrechtliche Bedeutung des Instituts geworfen. Sodann erfolgt eine ausführliche Übersicht über die Judikatur zur Fluchtgefahr. Das Haftrecht ist hier reines Richterrecht, sodass zu allen Merkmalen, die später untersucht werden, die Rechtsprechung zu erläutern sein wird. Darüber hinaus stellen sich in einem immer enger verflochtenen Europa Fragen nach der Rechtmäßigkeit einer Fluchtgefahrpraxis in Deutschland, die Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der gemeinsamen Strafverfolgung nicht einbezieht. Unter Rückgriff auf Europarecht wird hier die Rechtsprechung ausführlich dargestellt, ein Lösungsvorschlag wird ebenfalls präsentiert.

Daran anschließend folgt eine theoretische Untersuchung des Begriffs der Fluchtgefahr (Kapitel C). Hier werden zunächst die Grundlagen der Prognosepraxis (Begrifflichkeiten, Methodik, Bedeutung) im Strafrecht erläutert. Anschließend wird die Fluchtprognose in ihre Einzelteile zerlegt und für den Prognosevorgang untersucht: Woraus besteht die Fluchtprognose? Wie kommt der Richter zu der Aussage, es bestehe eine Fluchtgefahr? Welche Art von Erfahrungswissen darf er hierbei heranziehen? Welcher Grad von Wahrscheinlichkeit ist jeweils nötig? Wie sicher muss das Ergebnis sein? Hierbei wird ausführlich diskutiert, ob auch methodisch unüberprüfte Alltagstheorien herangezogen werden dürfen. Das besondere Bedürfnis für sichere und erfahrungswissenschaftlich gestützte Prognosen im Haftrecht wird unter Rekurs auf die ungesetzliche Haftgrundverwen-

dung dargelegt. Davon ausgehend wird herausgearbeitet, wieso eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit als nur 51% für die bevorstehende Flucht notwendig und geboten ist.

Sodann wird im Methodikteil (Kapitel D) erläutert, wie die Ergebnisse der Aktenuntersuchung und der Interviews erlangt wurden. Dort finden sich die Ziele und Annahmen, welche im Vorfeld der Arbeit bestanden. Ebenfalls wird genau dargelegt, welche Annahmen hinter allen zu untersuchenden Variablen vermutet worden waren. Die Merkmale, die die Judikatur zur Bestimmung der Fluchtgefahr heranzieht, werden insofern von einem methodischen Standpunkt aufgegriffen und kritisch begutachtet. Des Weiteren finden sich dort Ausführungen darüber, wieso die untersuchte Gruppe der Haftbefehlsaufhebungen/-außervollzugsetzungen i.R.d. §§ 121, 122 StPO die am besten geeignete Gruppe war, um die Flucht prognostizieren zu können. Auch wird die grundlegende Kosten-Nutzen-Theorie von *Bernoulli* vorgestellt, welche auf die Fluchtgefahr angewandt wird. Sie wird herangezogen, um nachzuvollziehen, wieso einzelne Beschuldigte geflohen sind.

Schlussendlich werden alle Ergebnisse im Hauptteil (Kapitel E) vorgestellt. Insbesondere finden sich Angaben zur statistischen Korrelation jedes untersuchten Merkmals mit der Flucht. Sodann werden die Resultate in größere Diskussionskomplexe eingebettet: Dies sind insbesondere die Prognosesicherheit und -qualität der Fluchtgefahrpraxis und die Effektivität der richterlichen Kontrolle. Bei Letzterer wird es auch um Diskriminierungen in der Praxis gehen, insbesondere von sozial Schwachen und Ausländern. Zudem werden Alternativen zur Inhaftierung diskutiert, welche angesichts der oben genannten Zahlen dringend verstärkt anzuwenden sind. Darüber hinaus werden einzelne Problemkomplexe wie die Bedeutung von Geständnissen und der Straferwartung beleuchtet.

Auch wird die theoretische Diskussion aus Kapitel C im Hauptteil wieder aufgegriffen, sodass die herausgearbeiteten theoretischen Vorgaben mit der Praxis im Hinblick auf die (verfassungs-)rechtlich gebotene Prognosesicherheit abgeglichen werden. Insgesamt wird so ein Blick auf die theoretischen und praktischen Probleme bei der Fluchtprognose entstehen, welcher einerseits Missstände benennt, andererseits aber auch Ansatzpunkte zur Verbesserung der Fluchtgefahrpraxis und praktisch handhabbare Lösungsmöglichkeiten identifiziert.